

Spielwiese für internationale Projekte

Gestrige und heutige Visionen für das Grosse Moos

Von Hans Weiss*

Grosse Landschaften haben öfters als Projektionsflächen für futuristische, grosszügige und meistens internationale Projekte gedient. Der Autor des folgenden Artikels, ein bekannter Verfechter des Landschaftsschutzes, belegt dies am Beispiel des Grosse Mooses, das vor einigen Jahren Schauplatz der Auseinandersetzungen um die Ansiedlung der amerikanischen Firma Amgen war. Das Projekt scheiterte nach langem Disput.

«Arbeitsplätze oder Landschaftsschutz?» lautete die Frage, mit der Galmiz, ein zuvor wenig bekanntes Dorf im Freiburger Seebezirk, vor drei Jahren Schlagzeilen machte. Zur Diskussion stand die Ansiedlung einer grossen Pharmafabrik mit im Endausbau 1000 Arbeitsplätzen, was eine landesweite Opposition auslöste. Ausschlaggebend dafür war, dass der Kanton Freiburg mit dieser Umzonung, inmitten einer kurz zuvor im Richtplan festgelegten Landwirtschaftszone, gegen gesetzlich festgelegte Grundsätze der Raumplanung versties und der rechtzeitigen Einigung unter benachbarten Kantonen für einen planerisch geeigneten Standort zuvorkam. Ein gutes Jahr später, am 31. Januar 2006, gab die US-Firma Amgen öffentlich bekannt, das sie ihre Produktionsanlagen nicht in Galmiz, sondern in Irland baue. Das für den Pharmakonzern auserkorene Areal ist wieder in die Landwirtschaftszone zurückgezogen worden.

Befreiung von Cholera, Ruhr und Malaria

Das 72 Quadratkilometer umfassende Grosse Moos, eine früher notorisch von Überschwemmungen heimgesuchte Sumpffläche, wurde dank den grossen Juragewässerkorrekturen und umfangreichen Meliorationen zur intensiv nutzbaren Agrarfläche umgestaltet. Versuche zur Entsumpfung reichen weit zurück, aber erst ein Bundesbeschluss von 1867 stellte die Mittel zur Verfügung, um mit einem über ein Jahrhundert dauernden Meliorationswerk die ansässige Bevölkerung von bitterer Armut und Krankheiten wie Cholera, Ruhr und Malaria zu befreien. Heute ist das Grosse Moos das grösste zusammenhängende Landwirtschaftsgebiet der Schweiz und mit seinem Wander- und Velowegnetz und den umgebenden Juraseen auch eine bedeutende Erholungslandschaft.

Reissbrett für «globale Projekte»

Dass diese Landschaft aber auch früher wiederholt gleichsam als Reissbrett für städtebauliche Visionen von europäischen oder sogar globalen Dimensionen diente, geriet weitgehend in Vergessenheit. So plante schon im 17. Jahrhundert Henri II d'Orléans-Longueville (1595–1663) am Nordende des Neuenburgersees eine richtige Stadt, für welche er sinnigerweise den Namen Henripolis vorsah. Ausschlaggebend für die Standortwahl waren die damaligen Handelswege. Die reformierten Holländer suchten einen Weg nach Italien, der nicht über katholisches Gebiet,



Zwei Monumentalstatuen sollten den Eingang zum Hafen der «Cité mondiale» am Neuenburgersee markieren.

sondern durch die reformierte Schweiz führte. – Mit dem Industriezeitalter wurde das Verhältnis zwischen Stadt und Land neu diskutiert. Um eine uferlose Ausbreitung von Städten zu verhindern und der wachsenden Wohnungsnachfrage dennoch zu entsprechen, wurde schon zu Beginn des letzten Jahrhunderts die Idee eines International World Centre entwickelt. Nach humanistischen Ideen entwarfen die Planer Hendrik C. Anderson und Ernest Hébrard eine «Cité mondiale», die, frei von nationalistischen Spannungen, als ein «Zentrum für Kommunikation dem Frieden dienen» sollte. Als Standort wurde die Ebene zwischen dem Neuenburgersee und dem Mont Vuilly am Murtensee gewählt. Die Stadt war modellhaft für 10 000 Einwohner entworfen, und ihre streng symmetrisch angelegten Quartiere sollten durch eine U-Bahn und mittels Schifffahrtskanälen untereinander verbunden werden. Als Höhepunkt des Projektes war ein 320 Meter hoher Tour du Progrès geplant. Der Erste Weltkrieg setzte dem ehrgeizigen Plan ein Ende. Der Initiator Paul Odlet nahm aber die Idee wieder auf und bat 1927 den schon damals berühmten Architekten Le Corbusier, das Projekt weiterzuführen.

Während der Weltwirtschaftskrise und des Zweiten Weltkriegs hatte unser Land andere Sorgen als die Umsetzung städtebaulicher Utopien. Erst 1969 bis 1972 wurde das Grosse Moos erneut zum Gegenstand internationaler Bauvorhaben. Bei Kallnach sollte ein Interkontinental-Flughafen entstehen, dessen Grösse mit 185 Hektaren etwa dem heutigen Flughafen Genf entsprach. Auch dieses Projekt scheiterte. Ausschlaggebend für den Verzicht waren der grosse Verlust an Kulturland sowie der Widerstand der betroffenen Bevölkerung, die v. a. den zu erwartenden Lärm geltend machte.¹

Das Projekt unserer Generation

Fazit: Grosse Landschaften haben zu allen Zeiten den menschlichen Geist und Gestaltungswillen beflügelt. So war auch das Grosse Moos immer wieder Projektionsfläche für die wechselnden Ansprüche und Ideen der Gesellschaft, zu deren Verständnis die Kenntnis der jeweiligen Verhältnisse nötig ist. Ein Umstand bleibt aber unabhängig vom Zeitgeist und vom ökonomischen Wandel konstant: Wenn solche Ansprüche Bauten und Anlagen zur Folge haben, wird der Handlungsspielraum für kommende Generationen wegen des grossen Beharrungsvermögens der Bauten immer kleiner. Die Besiedlung ist in unserem Land schon sehr weit fortgeschritten. Die Kapazität der bestehenden Bauzonen würde noch für weitere 2,5 Millionen Einwohner ausreichen. Gerade eine urbane Schweiz braucht dringend die Landschaft als Komplementärraum. Das Projekt unserer Generation heisst deshalb nicht mehr «Realisierung grosser Bauvorhaben auf der grünen Wiese», sondern «Freihaltung der grünen Landschaft».²

¹ Hans-Rudolf Egli, Hans Weiss (Hrsg.): Das Grosse Moos. Bern 2006. Mitautoren: Leonidas Bieri, Anna Büchi, Denise Frehner. Die mehrfarbig illustrierte Schrift ist für Fr. 18.– zu beziehen bei: Prof. Dr. H. R. Egli, Geographisches Institut der Universität Bern, Hallerstrasse 12, 3012 Bern.

² Im Schloss Nidau (Kanton Bern) wurde am 8. Januar 2008 eine permanente Ausstellung eröffnet, die über Visionen, Ideen und Projekte aus verschiedenen Jahrhunderten im Raum der drei Juraseen orientiert.

Kantonale Wahlen vom 16. März

Vom Hölloch will er in den Regierungsrat

Wirt Bruno Suter aus Muotathal nimmt einen neuen Anlauf

Er will eine Alternative zum etablierten Wahlmenü sein: Bruno Suter, der Hölloch-Wirt aus dem Muotatal, kandidiert für die Regierungswahlen vom 16. März – nicht zum ersten Mal. Sein Programm ist seine Person: unorthodox, geradeheraus, weder links noch rechts.

mjm. Schwyz, 13. Februar

Der Mann mit dem gekauert verwilderten Outfit, mit Rossschwanz und schwarzem Käppi, Jeans und Ohrring hat reelle Chancen, Schwyz Regierungsrat bei den Wahlen vom 16. März zu werden. Vor acht Jahren holte er einen Achtungserfolg. Vor vier Jahren wäre der parteilose 48-jährige Hölloch-Wirt bereits im ersten Wahlgang gewählt worden, wenn damals das nun geltende Wahlgesetz in Kraft gewesen wäre, welches das absolute Mehr anders berechnet. Am Dienstag hat Bruno Suter im gepflegt-bürgerlichen Ambiente des Hotels Bären in Lachen seine Kandidatur erklärt. Eine Überraschung ist sie nicht. Dass Suter kandidieren und mit seiner Kandidatur für einen unorthodoxen Farbtupfer sorgen könnte, ist in Schwyz seit Wochen diskutiert worden. Er habe lange gezögert, sagte Suter am Dienstag, der «Fall Mengele-Mörgele» habe den Ausschlag gegeben. Den etablierten Parteien gehe es zu stark um die Macht.

Ein-Mann-Bewegung und Hausbesitzer

Was die Alternative Bruno Suter ausmacht, ist nicht in einem Satz zu erklären. Ein sanfter Anarchist, ein Urdemokrat, eine Ein-Mann-Bewegung, ein Phänomen, ein Exot ist er genannt worden. Der Mann ist vor allem aus der speziellen Psychologie des Muotatals zu verstehen, wo der

Kanton Schwyz noch mehr bei sich selber zu Hause ist als an andern Orten und wo einer etwas gelten kann, auch wenn er etwas ausserhalb der Norm steht. Einerseits ist der gelernte Koch zweifacher Familienvater, erfolgreicher Kleinunternehmer und Wirt, der Häuser erworben hat und mehrere Angestellte beschäftigt. Andererseits ist er ein origineller Typ mit sozialer Ader und träfen Sprüchen, als Beizer mit den Gästen schnell per du und häufig Beichtvater, zudem Mitglied einer Stiftung des Klosters Einsiedeln, die unentgeltliche Rechtshilfe anbietet. Er wohnt mit der Familie in einem Passiv-Energie-Haus, er misstraut den etablierten Parteien, und er kann gegen die Verwaltung wettern und auf Eigenverantwortung pochen. Suter hat kein Programm und keine Partei, nur einen losen Zusammenschluss von Freunden, die ihn als «Mehrheitsparty» unterstützen.

Neun Männer für sieben Sitze

Das Störpotenzial von Suter ist beträchtlich, es gibt viele Politikverdrossene im Kanton Schwyz. Seine früheren Äusserungen zur Asylpolitik – sofortige Ausweisung von Personen, die sich nicht anpassen wollen –, seine Forderungen nach mehr Bürgernähe der Verwaltung und mehr Transparenz machen ihn auch für SVP-Wähler interessant. Für die sieben Schwyz Regierungssitze bewerben sich bis dato neun Männer, darunter sechs Bisherige. Anmeldeschluss ist der 15. Februar. Die sechs wieder kandidierenden Regierungsräte müssen sich warm anziehen. Die drei Neuen, Kaspar Michel (fdp.), der gemässigt-starke Herausforderer von der SVP, Andreas Barraud, und der parteilose Bruno Suter, könnten für Überraschungen sorgen. Bruno Suter: «Es wäre nicht gut, wenn alle so wären wie ich, aber einen wie ich verträgt es in der Schwyz Regierung.»

Kantonale Abstimmung vom 24. Februar

Das Parlament als Hort regionaler Vielfalt

Graubünden entscheidet über eine Verkleinerung des Grossen Rates

Verkleinerungen von Parlamenten sind in Mode. In neun Kantonen kamen in den letzten Jahren entsprechende Vorlagen vors Volk und wurden gutgeheissen. Graubünden dürfte zur Ausnahme werden: Die von der SP angestrebte Ratsverkleinerung hat nur geringe Chancen.

kru. Chur, 13. Februar

Graubünden, flächenmässig grösster Kanton der Schweiz, hat 203 Gemeinden, 150 Täler, 3 Sprachen. Graubünden ist gelebte Vielfalt – eine Vielfalt, die nun im Vorfeld der Abstimmung über die Parlamentsverkleinerung vielstimmig ins Feld geführt wird. Von 120 auf 80 Sitze soll der Grosse Rat schrumpfen; dies verlangt die SP mit ihrer mit 4163 Stimmen eingereichten Initiative, die am 24. Februar zur Abstimmung kommt. Regierung und alle bürgerlichen Parteien sind dagegen. Sie befürchten, periphere Talschaften würden im Parlament künftig ohne Stimme bleiben. Eine Ratsverkleinerung, so der Tenor, laufe der geografischen, sprachlichen und kulturellen Vielfalt des Kantons zuwider.

In allen Kantonen, in denen in den letzten Jahren eine Volksabstimmung über diese Frage stattfand, sprachen sich die Stimmberechtigten mit teilweise markanter Mehrheit für eine Verkleinerung aus – oft gegen den Willen von Parlament und Regierung. Zuletzt geschehen im Kanton St. Gallen: Mitte März steht hier erstmals das von 180 auf 120 Mitglieder verkleinerte Parlament zur Wahl. Die Argumente sind im Wesentlichen stets dieselben: Kleinere Parlamente arbeiteten kostengünstiger, effizienter und professioneller. Vorgebracht werden sie quer durch die Parteien. In St. Gallen etwa lancierte die FDP den Vorstoss zur Verkleinerung des Rats, ein andermal war es die SVP, und in Graubünden kommt der Ruf nach

einem schlanken Parlament von der SP. Dahinter steckt indes meist Eigeninteresse, die Hoffnung nämlich auf eine bessere relative Vertretung im Parlament, insbesondere wenn die Ratsverkleinerung eine Reform des Wahlsystems oder eine Neueinteilung der Wahlkreise nach sich zieht. In der Praxis hat sich andererseits gezeigt, dass kleinere Parlamente kaum kostengünstiger sind, weil die stärkere Belastung der einzelnen Ratsmitglieder durch höhere Vergütungen aufgefangen wird (so in Aargau, Bern oder St. Gallen).

Die Bündner SP verhehlt denn auch nicht den Wunsch nach einer Neueinteilung der heute 39 Wahlkreise, in denen bisher durchgehend nach Majorzsystem gewählt wird. Weniger, dafür grössere Wahlkreise erhöhten die Chancen kleinerer Parteien und erleichterten Veränderungen, insbesondere bei einem allfälligen Wechsel zum Proporzsystem. Als kleinste der vier grossen Parteien fällt es der SP in der Tat schwer, in den vielen kleinen Wahlkreisen Sitzgewinne zu verbuchen. Weitere Parteien, etwa die Grünen, konnten sich in Graubünden bisher überhaupt nicht profilieren. Mit dem Versuch, den Proporz einzuführen, ist die Bündner SP indes schon dreimal gescheitert.

Zumindest statistisch belegen lässt sich der Ruf nach verbesserter Effizienz. Im Vergleich der Ostschweizer Kantone benötigt das Bündner Kantonsparlament die meisten Sessionstage. Im vergangenen Jahr waren es 21, während das sankt-gallische, noch 180-köpfige Parlament seine Arbeit in 12 Tagen erledigte. Doch auch hier gilt: Kleinere Parlamente arbeiten nicht zwangsläufig effizienter. Der SP fällt es letztlich schwer, gegen das Festhalten an einer möglichst breiten Vertretung der Talschaften im Parlament anzukämpfen. Für den Sonderfall Graubünden gilt eben in besonderem Mass, was Regierungspräsident Stefan Engler formulierte: «Der Zeitgeist ist selten ein guter Ratgeber.»

Anzeige



Dr. Markus Arnold
Präsident CVP Zürich



Martin Bäumle
Co-Präsident GLP Schweiz



Doris Fiala
Präsidentin FDP Zürich



Dr. Hansjörg Frei
Präsident SVP Zürich

«Die KMU sind das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft. Sie brauchen unsere Unterstützung, deshalb stimmen wir JA zur KMU-Steuerreform.»

KMU-
Steuerreform

Komitee für faire KMU-Steuern
www.faire-kmu-steuern.ch

24. Februar

JA

Die stärksten Passivraucher sind Serviceangestellte

Resultate einer Studie

Bern, 13. Febr. (sda) Das Servicepersonal in Restaurants, Bars oder Discos leidet unter qualmenden Gästen. Täglich inhaliert es ein Äquivalent von 15 bis 38 Zigaretten. Zu diesem Ergebnis kommt eine am Mittwoch präsentierte Studie des Walliser Zentrums für Tabakprävention (Cipret). Die letztes Jahr im Wallis durchgeführte Studie ist eine der ersten Untersuchungen, die sich mit der Passivrauch-Belastung befassen. Erste Ergebnisse waren im Mai vorgestellt worden. Für die Untersuchung waren Anfang vergangenen Jahres 1500 Badges mit Nikotinmessgeräten an die Bevölkerung verteilt worden. 630 davon wurden ein halbes Jahr später zur Analyse der Cipret zurückgegeben, wie es in einem am Mittwoch in der «Revue médicale suisse» publizierten Bericht heisst. Fast alle der Badgeträger im Alter von 3 Monaten bis 82 Jahren waren Passivrauch ausgesetzt. Am stärksten betroffen sind Serviceangestellte.